

2016

Statistik Kommunal

Eimeldingen



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

336019

Impressum

Statistik Kommunal 2016

Artikel-Nr. 8035 17001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
11,00 Euro zuzüglich Versandkosten

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2017

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise, mit
Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung,
auch auszugsweise, über elektronische
Systeme / Datenträger bedarf der vorherigen
Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben
vorbehalten.

Autoren
Sabine Maurer, Martin Winter,
Thomas Hoffmann

2016

Statistik Kommunal

Eimeldingen

Einführung und Inhalt

Mit dieser Ausgabe veröffentlicht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg bereits zum siebten Mal die themenübergreifende gemeindespezifische Publikation „Statistik Kommunal“. Die Broschüre ist für jede der 1 101 Gemeinden in Baden-Württemberg erhältlich und bietet einen Überblick über wichtige statistisch beschreibbare Lebensbereiche. Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Parlamentswahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ sowie „Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal“ bis hin zu „Verkehr“. Als weiteres, neues Thema finden Sie in der Ausgabe 2016 auch Ergebnisse aus dem Bereich Umwelt.

Die Kenngrößen der Gemeinden werden in übersichtlichen Tabellen und Schaubildern überwiegend mit Daten aus dem Berichtsjahr 2015 dargestellt. Wo möglich, wird auch die Entwicklung über die letzten 10 Jahre präsentiert. Jedes der insgesamt 12 Kapitel wird mit einem knappen allgemein verständlichen Text eingeleitet, der auch die entsprechenden themenbezogenen Landeswerte enthält. Damit sind sowohl Längs- als auch Quervergleiche möglich, die Ihnen bei der Einordnung der Ergebnisse helfen.

Für „Statistik Kommunal“ wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank (SRDB) des Landesinformationssystems (LIS) verwendet. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht den Interessierten dennoch, sich umfassend über diese Gemeinden zu informieren und sie im Vergleich einzuordnen. Weitere kommunale Daten sind über das Internetangebot (www.statistik-bw.de) des Statistischen Landesamtes unter den Menüpunkten „Regionaldaten“, „Interaktive Karten“ und „Demografie-Spiegel“ abrufbar.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bevölkerungsvorausrechnung	10
Bildung	12
Bauen	14
Wohnen	15
Parlamentswahlen	16
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	18
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Fußnoten	24
Erläuterungen und Definitionen	26

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2015	ha	355
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2015	Anzahl	2 516
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2015	Anzahl	+ 5
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2015	Anzahl	+ 64
Bevölkerungszu-/abnahme 2015	Anzahl	+ 69
Wohnen		
Wohngebäude 2015	Anzahl	587
Wohnungen 2015 ¹⁾	Anzahl	1 184
Bildung²⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2015/2016	Anzahl	–
Schüler an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2015/2016 ³⁾	Anzahl	–
Schüler an Realschulen 2015/2016	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2015/2016	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2015/2016	Anzahl	–
Beschäftigung und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2015	Anzahl	753
Pendlersaldo 2015	Anzahl	– 4
Arbeitslose insgesamt 2015	Anzahl	38
Arbeitslose Frauen 2015	Anzahl	.
Umwelt		
Stickoxid (No _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2015 ⁴⁾	Tonnen	13
Jahresfahrleistungen 2015	Mill. km	27,7
Tourismus		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2015	Anzahl	1
Schlafgelegenheiten insgesamt 2015	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2015	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2015	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2015	Anzahl	.
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2015	1 000 EUR	2 351
Steuerkraftsumme 2015	1 000 EUR	2 897
Schuldenstand 2015	1 000 EUR	–
Gewerbesteuerhebesatz 2015	%	340
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2015	Anzahl	2 012
Straßenverkehrsunfälle 2015 ⁵⁾	Anzahl	16
Verunglückte Personen 2015	Anzahl	11

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2015	%	31	13	14
Waldfläche 2015	%	5	52	38
Landwirtschaftsfläche 2015	%	58	34	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2015	Einw/km ²	708	281	305
Ausländeranteil 2015	%	9	13	14
Durchschnittsalter 2015	Jahre	41,9	43,5	43,2
Durchschnittsalter 2035	Jahre	47,1	46,4	45,7
Landtagswahl 2016				
Wahlbeteiligung	%	68,5	64,9	70,4
Stimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	26,7	25,4	27,0
GRÜNE	%	30,9	32,0	30,3
SPD	%	18,8	16,2	12,7
FDP	%	6,8	6,5	8,3
AfD	%	10,9	13,1	15,1
Sonstige	%	6,0	6,8	6,6
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2015	%	70	61	61
Wohnfläche je Einwohner 2015	m ²	51	47	46
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2015/2016	%	–	5	7
Übergänge auf Realschulen 2015/2016	%	–	38	34
Übergänge auf Gymnasien 2015/2016	%	–	41	43
Beschäftigung und Arbeitsmarkt⁶⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2015	%	56	38	36
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2015	%	32	24	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2015	%	11	38	43
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2015	%	.	34	39
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2015	Tage	.	2,6	2,5
Gemeindefinanzen				
Steuereinnahmen je Einwohner 2015 ⁷⁾	EUR	1 017	1 209	1 278
Schuldenstand je Einwohner 2015	EUR	–	1 413	1 029
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2013	Liter/Tag	131	127	116
Trinkwasserpreis 2016	EUR/m ³	1,40	1,89	2,11
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2015	Anzahl	640	572	576

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
LF	–	Landwirtschaftlich genutzte Fläche
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
X	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

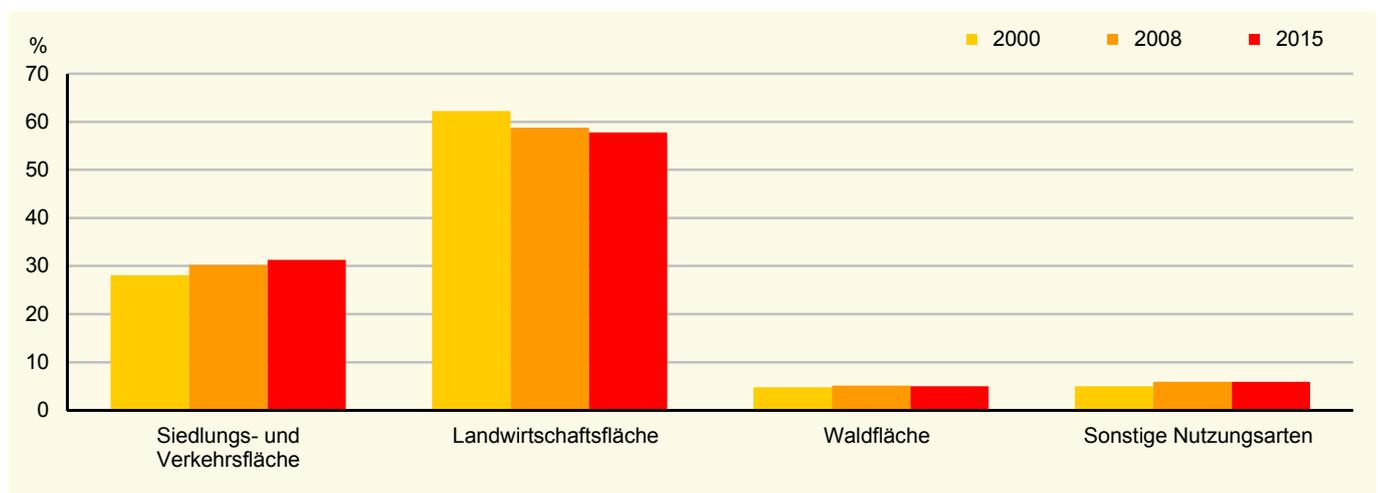
Wichtigstes Ergebnis der Flächenerhebung ist die Feststellung der Siedlungs- und Verkehrsfläche und, davon abgeleitet, deren tägliche Entwicklung: der »Flächenverbrauch«. Für Baden-Württemberg wurde das Ziel formuliert, bis 2020 rechnerisch 3 ha/Tag zu erreichen. Auf der Grundlage von Auswertungen des amtlichen Liegenschaftskatasters ergibt sich für das Jahr 2015 rein rechnerisch eine tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Industrie sowie Straßen von 5,2 ha.

In Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern beansprucht die Siedlungs- und Verkehrsfläche rund ein Viertel der gesamten Bodenfläche, in den neun Großstädten mit über 100 000 Einwohnern sogar über 41 %. So gewinnt die Gebäude- und Freifläche mit wachsender Einwohnerzahl mehr und mehr an Bedeutung und erreicht bei Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern einen Anteil von knapp 60 % an der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Zugleich kommt der Erholungsfläche in größeren Städten weitaus mehr Bedeutung zu als in den kleineren Gemeinden. Dort liegen begrünte Flächen quasi direkt vor der Haustüre. Umgekehrt werden in den kleineren Gemeinden fast 50 % der Siedlungs- und Verkehrsfläche für den Verkehr genutzt. Hier fallen die überörtlichen Verbindungsstraßen relativ stark ins Gewicht. In den Großstädten sinkt der Anteil der Verkehrsflächen auf 30 % und darunter.

Siedlungs- und Verkehrsfläche

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2005		2015		2015	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	355	100,0	355	100,0	3 575 132	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	103	29,1	111	31,3	512 944	14,3
davon						
Gebäude- und Freifläche	59	16,5	63	17,8	276 608	7,7
Betriebsfläche ohne Abbauland	–	–	–	–	4 440	0,1
Erholungsfläche	5	1,5	5	1,4	31 258	0,9
Verkehrsfläche	39	11,1	42	11,8	196 932	5,5
Friedhof	–	–	1	0,2	3 708	0,1

Flächennutzung



Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist im Jahr 2015 um etwa 163 000 auf rund 10 879 600 Personen angestiegen. Damit hat sich die Einwohnerzahl gegenüber 1952, dem Gründungsjahr des Südweststaates, um knapp 4,2 Mill. oder 62 % erhöht und einen neuen Höchststand erreicht. In der Geschichte des Landes lag der Einwohnerzuwachs bisher nur in sieben Jahren höher. Die dynamische Bevölkerungsentwicklung im Land ist auf eine vor allem durch die Flüchtlingskrise bedingte sehr hohe Zuwanderung zurückzuführen: Der Wanderungsgewinn lag im Jahr 2015 bei 170 500 Personen. Letztmalig höher als im Jahr 2015 war er 1990 (+182 300). Allerdings vergrößerte sich im Jahr 2015 das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen der Zahl der Geborenen und der der Gestorbenen, gegenüber 2014 von rund 5 000 auf etwa 7 800.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der unter 20-Jährigen noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der 65-Jährigen und Älteren lag, sind heute die Älteren zahlenmäßig schon etwas stärker als die Jüngeren vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hat heute die Gemeinde Untermarchtal im Alb-Donau-Kreis, in der 35 % der Einwohner 65 Jahre oder älter sind. Dagegen ist Wörnersberg im Landkreis Freudenstadt die Gemeinde mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen – 29 % sind jünger als 20 Jahre. Maßgeblich wird die Altersstruktur der Bevölkerung durch die Geburtenrate und das Wanderungsgeschehen bestimmt.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	501	51	49	143	1990	1 653	49	51	471
1890	431	49	51	123	1994	1 957	49	51	558
1900	456	53	47	130	1998	2 132	49	51	601
1910	496	51	49	141	2002	2 180	50	50	614
1925	524	53	47	149	2006	2 352	50	50	662
1933	604	53	47	172	2010	2 439	50	50	687
1939	865	62	38	246	2011	2 437	50	50	686
1950	772	47	53	220	2012	2 420	50	50	681
1961	920	49	51	262	2013	2 424	50	50	682
1970	1 094	51	49	312	2014	2 447	50	50	689
1987	1 502	49	51	428	2015	2 516	49	51	708

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)		
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner	
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner				
	Anzahl											
2007	18	6	+	12	+ 5	189	170	+	19	+ 8	+ 31	+ 13
2008	17	11	+	6	+ 2	177	136	+	41	+ 17	+ 47	+ 20
2009	22	10	+	12	+ 5	175	152	+	23	+ 9	+ 35	+ 14
2010	23	8	+	15	+ 6	158	200	-	42	- 17	- 27	- 11
2011	25	16	+	9	+ 4	153	161	-	8	- 3	+ 1	0
2012	17	9	+	8	+ 3	150	173	-	23	- 9	- 15	- 6
2013	10	9	+	1	0	170	167	+	3	+ 1	+ 4	+ 2
2014	17	8	+	9	+ 4	178	164	+	14	+ 6	+ 23	+ 9
2015	20	15	+	5	+ 2	232	168	+	64	+ 26	+ 69	+ 28

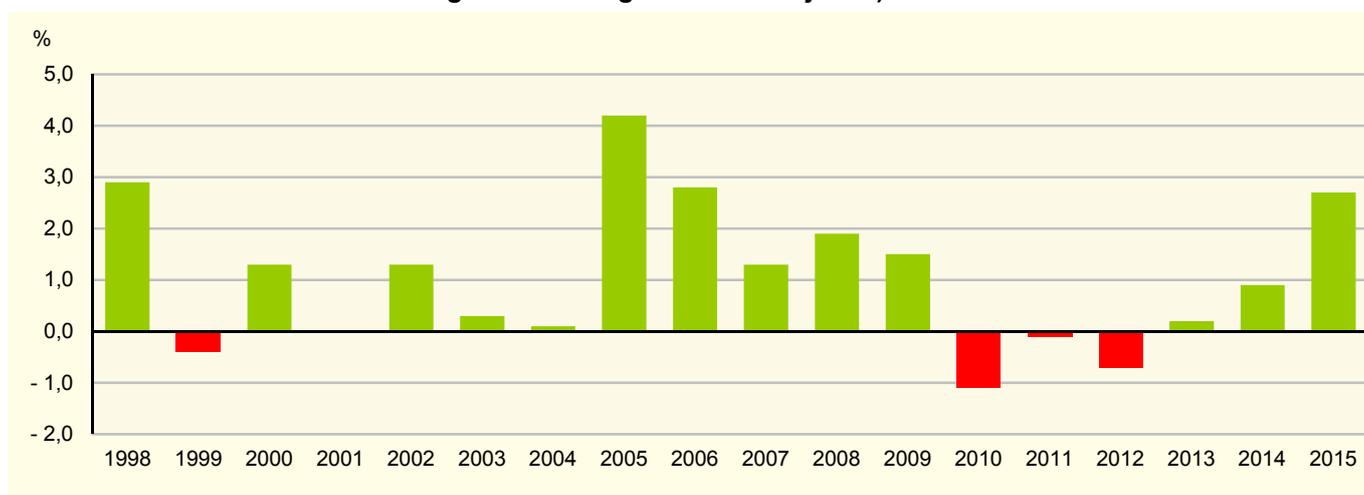
Bevölkerungsstruktur 2015

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	62	2	35	3	27	2	3	3	3
3 – 6	82	3	42	3	40	3	3	3	3
6 – 15	235	9	117	9	118	9	8	9	8
15 – 18	82	3	37	3	45	4	3	3	3
18 – 25	189	8	98	8	91	7	9	9	8
25 – 40	457	18	230	19	227	18	19	20	18
40 – 65	1 028	41	510	41	518	41	36	36	35
65 – 75	199	8	88	7	111	9	9	9	10
75 und mehr	182	7	80	6	102	8	10	8	12
Insgesamt	2 516	100	1 237	100	1 279	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	41,9		41,1		42,7		43,2	41,9	44,5

Bevölkerungsstruktur 2005

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	68	3	41	4	27	2	3	3	3
3 – 6	82	4	33	3	49	4	3	3	3
6 – 15	253	11	127	11	126	11	10	10	9
15 – 18	85	4	51	4	34	3	4	4	3
18 – 25	182	8	88	8	94	8	8	8	8
25 – 40	519	23	267	23	252	22	21	21	20
40 – 65	821	36	413	36	408	36	34	35	33
65 – 75	180	8	89	8	91	8	10	10	11
75 und mehr	95	4	35	3	60	5	8	6	10
Insgesamt	2 285	100	1 144	100	1 141	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	38,3		37,5		39,1		41,4	40,0	42,7

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr)**



Bevölkerungsvorausrechnung

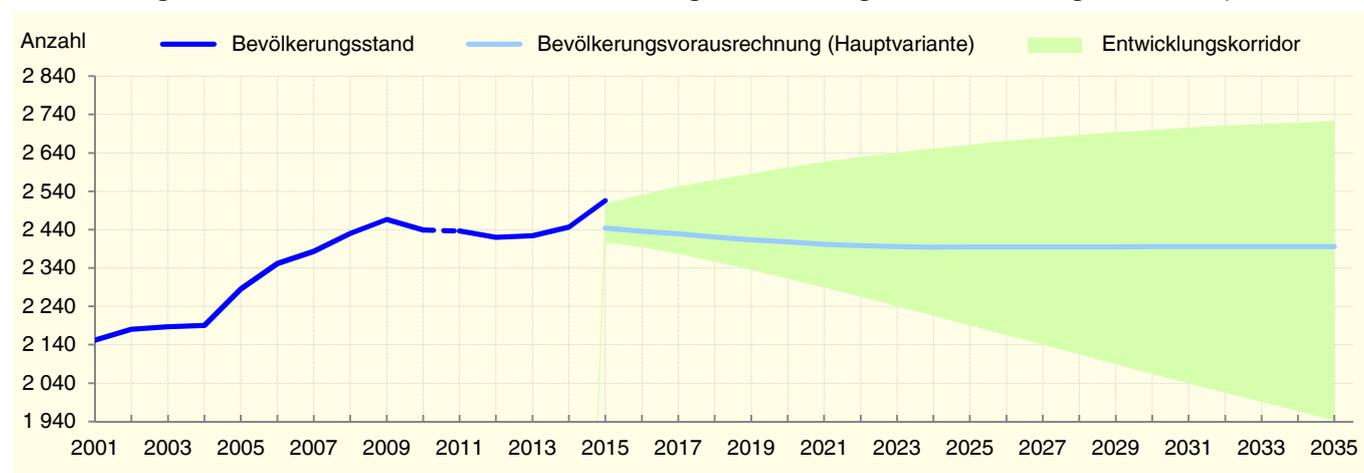
Die Bevölkerungsvorausrechnung Basis 2014 (Hauptvariante) geht davon aus, dass die Einwohnerzahl des Landes, verursacht durch den Anstieg der Zuwanderung, bis 2024 um 4 % auf ca. 11,14 Mill. anwachsen wird. Anschließend ist mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen, weil sich das bestehende Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der Bevölkerung ständig vergrößern wird. Dieses Defizit kann aller Voraussicht nach nicht mehr durch Zuwanderung ausgeglichen werden. Im weiteren Zeitverlauf kann bis zum Jahr 2035 mit einer moderaten Bevölkerungsabnahme von 0,1 % oder rund 15.900 Personen gerechnet werden.

Voraussichtlich wachsen alle Raumkategorien bis zum Jahr 2025. Der Ländliche Raum kann hierbei das schwächste Wachstum verzeichnen. Unter den Gemeinden mit überdurchschnittlichem Bevölkerungszuwachs von 2014 bis 2035 finden sich beispielsweise Pforzheim (7 %), Freiburg im Breisgau (+ 6,4 %) und Stuttgart (+ 5,8 %). Zu den Städten mit relativ hohem Bevölkerungsverlust könnte beispielsweise die Stadt Boxberg im Main-Tauber-Kreis gehören (- 9 %). Für die Bestimmung eines wahrscheinlichen Entwicklungskorridors der Gemeinden wurden zusätzlich zur Hauptvariante weitere Varianten mit unterschiedlichen Annahmen zu Wanderungssalden über die Landesgrenzen und der spezifischen Entwicklung der jeweiligen Gemeinde gerechnet. Der Entwicklungskorridor bestimmt sich durch das höchste und niedrigste Ergebnis dieser Varianten.

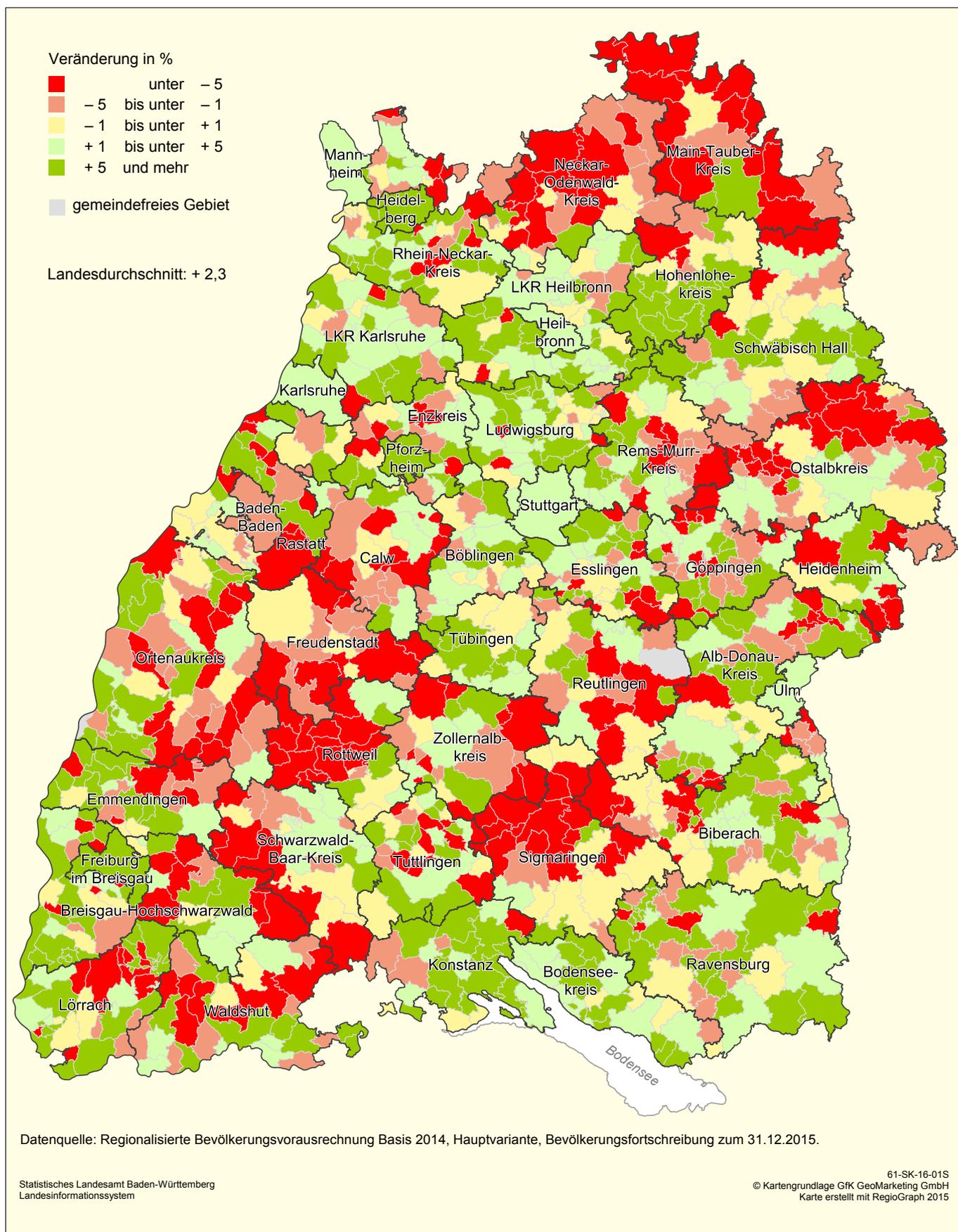
Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2035*)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	59	2	30	3	29	2	3	3	3	
3 – 6	62	3	32	3	30	2	3	3	3	
6 – 15	202	8	104	9	98	8	9	9	8	
15 – 18	69	3	35	3	34	3	3	3	3	
18 – 25	151	6	84	7	67	6	7	8	7	
25 – 40	383	16	201	17	182	15	18	19	17	
40 – 65	768	32	389	33	379	32	32	33	31	
65 – 75	378	16	179	15	199	17	14	13	14	
75 und mehr	324	14	142	12	182	15	13	11	15	
Insgesamt	2 396	100	1 196	100	1 200	100	100	100	100	
	Durchschnittsalter in Jahren									
	47,1		45,8		48,4		45,7	44,4	46,9	

Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung mit Entwicklungskorridor**)



Voraussichtliche Veränderung der Bevölkerung in den Gemeinden von 2015 bis 2035



Bildung

Im Schuljahr 2005/06 gingen noch rund 1,3 Mill. Schülerinnen und Schüler auf allgemeinbildende Schulen in Baden-Württemberg. Insbesondere aufgrund schmalerer Jahrgänge an Schulanfängern waren die Schülerzahlen in den letzten 10 Jahren stets rückläufig. Bis zum Schuljahr 2015/16 ging dadurch die Zahl der Schülerinnen und Schüler um gut 14 % zurück, sodass noch knapp 1,12 Mill. Schülerinnen und Schüler die Schulbank drückten. Bis zum Schuljahr 2025/26 dürfte die Schülerzahl auf 1,15 Mill. moderat ansteigen.

Der Rückgang der Schülerzahlen verlief an den verschiedenen Schularten in der letzten Dekade nicht gleichmäßig. Während rückläufige Schülerzahlen bei den Gymnasien mit gut 6 % und bei den Realschulen mit gut 8 % vergleichsweise gering ausfielen, mussten die Werkreal-/Hauptschulen eine nahezu Halbierung ihrer Schülerschaft hinnehmen. Die unterschiedlichen Entwicklungen sind auch auf eine geänderte Schullandschaft zurückzuführen. Beispielsweise wurde zum Schuljahr 2012/13 die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft und die Gemeinschaftsschule als neue weiterführende Schulart eingeführt, welche im Schuljahr 2015/16 gut 35 000 Schülerinnen und Schüler zählte.

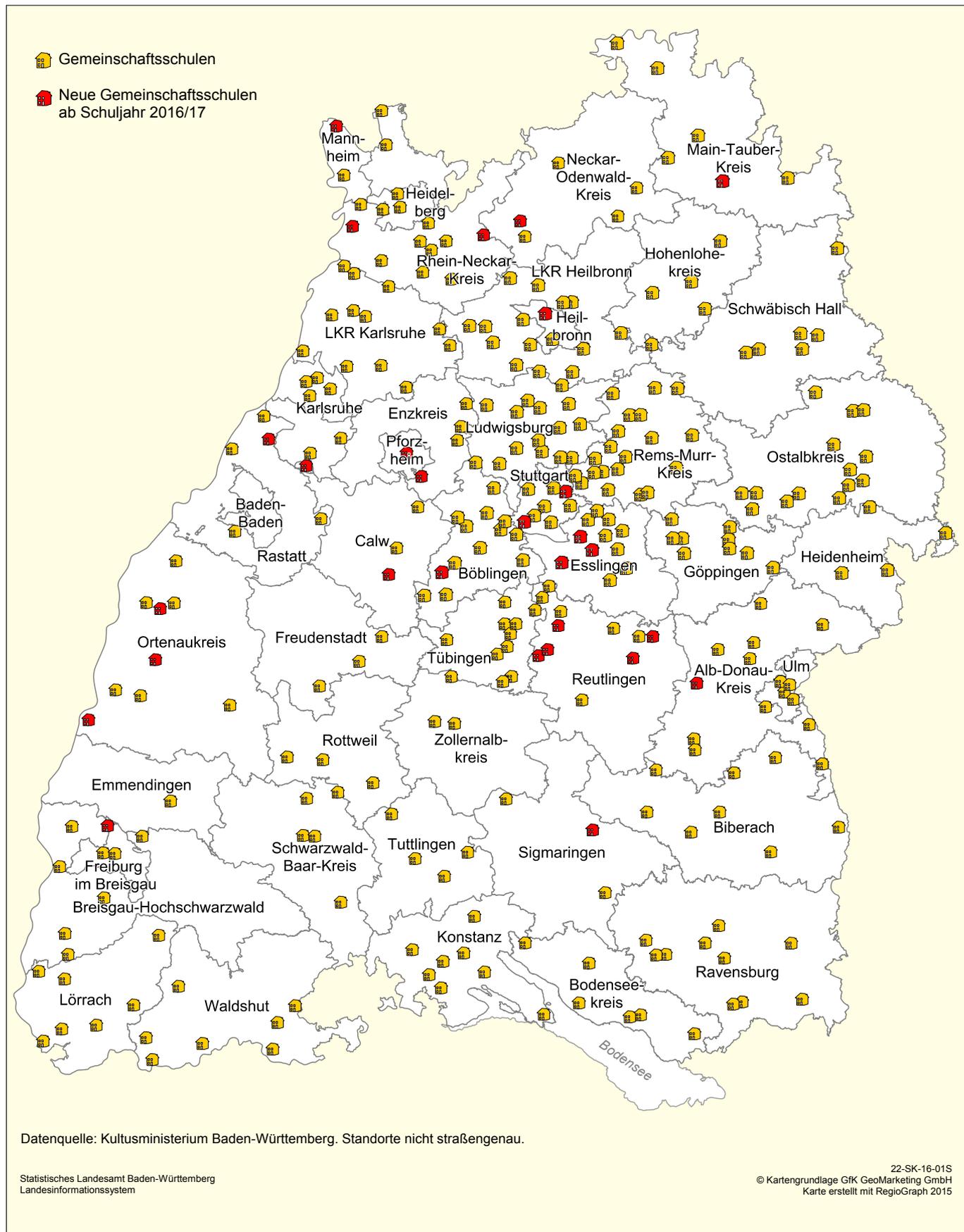
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2015/2016

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Zum Vergleich: Schuljahr 2005/2006	
	Schulen ¹⁾	Schüler		weiblich	ausländisch		Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
	Anzahl		%		Anzahl			
Grundschulen ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Werkreal-/Hauptschulen	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	-	-	-	.	.	-	-	-
Realschulen	-	-	-	-	-	-	-	-
Gymnasien	-	-	-	.	.	-	-	-
Gemeinschaftsschulen – Sek. I	-	-	-	-	-	-	X	X
Freie Waldorfschulen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt⁵⁾	-	-	-	.	.	X	-	X

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen



Öffentliche Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2015 Baugenehmigungen für rund 35 500 Wohnungen in 15 600 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden fast 8 % oder annähernd 2 600 mehr Wohnungen genehmigt als 2014. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg damit das siebte Jahr in Folge. Für diesen Zuwachs war die Genehmigungsentwicklung bei allen Wohngebäudearten verantwortlich. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern ist gestiegen. Deutlich mehr Wohnheime als letztes Jahr wurden genehmigt.

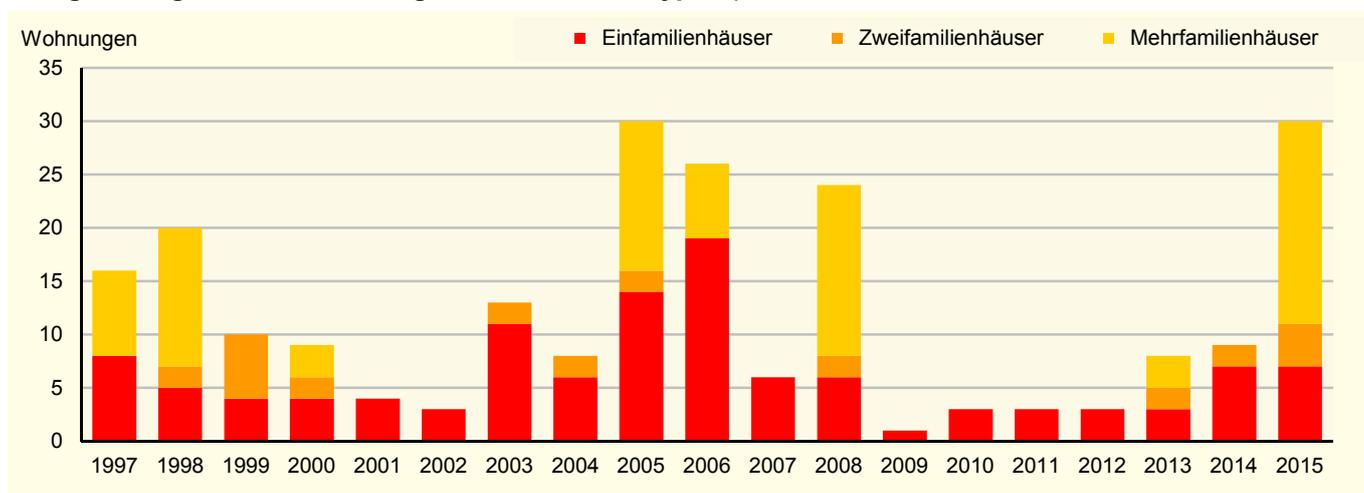
Bei den Baufertigstellungen war 2015 ein starkes Jahr. In 15 400 Wohngebäuden wurden rund 33 500 Wohnungen fertiggestellt. Das waren 1 550 Wohnungen mehr als 2014 und 4 600 mehr als 2013. Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2015 74 %. 12 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser und 14 % Mehrfamilienhäuser. Der Trend zu immer größeren Neubauwohnungen scheint sich derzeit nicht mehr fortzusetzen.

Die durchschnittliche Wohnfläche in fertiggestellten Einfamilienhäusern betrug 2015 wie 2013 156 m² und lag damit 1 m² über 2012. Bei Zweifamilienhäusern lag die Wohnfläche bei 109 m² (2013: 110 m²). In Mehrfamilienhäusern ging die Wohnfläche 2015 zurück und betrug durchschnittlich 86 m², 2014 und 2013 waren es 89 m².

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudetyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudetyp		
				Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser		Einfam.-häuser	Zweifam.-häuser	Mehrfam.-häuser
				%				100 m ²		
Anzahl					Anzahl					
2007	11	26	6	100	–	–	6	9	–	–
2008	3	3	8	75	13	13	24	11	2	13
2009	3	3	1	100	–	–	1	2	–	–
2010	3	3	3	100	–	–	3	4	–	–
2011	5	25	3	100	–	–	3	4	–	–
2012	3	4	3	100	–	–	3	4	–	–
2013	3	3	5	60	20	20	8	4	2	3
2014	13	15	8	88	13	–	9	10	2	–
2015	7	7	10	70	20	10	30	12	4	14

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*)



Wohnen

Ende 2015 gab es in Baden-Württemberg rund 5 191 000 Wohnungen (einschließlich Wohnungen in Wohnheimen). Etwa 96 % der Wohnungen befanden sich in knapp 2 387 000 Wohngebäuden. Mit 61 % waren Einfamilienhäuser der häufigste Wohngebäudetyp. Ihr Anteil ist seit 1968 von 42 % kontinuierlich angestiegen. Rückläufig ist dagegen der Anteil von Zweifamilienhäusern, er ist landesweit von 27 % im Jahr 1968 auf 21 % im Jahr 2015 zurückgegangen. Der Anteil der Mehrfamilienhäuser stieg im selben Zeitraum leicht von 17 auf 18 %. Fast die Hälfte (49 %) der Wohnungen in Wohngebäuden befanden sich 2015 in Mehrfamilienhäusern. Diese Verteilung ändert sich nur im langfristigen Vergleich.

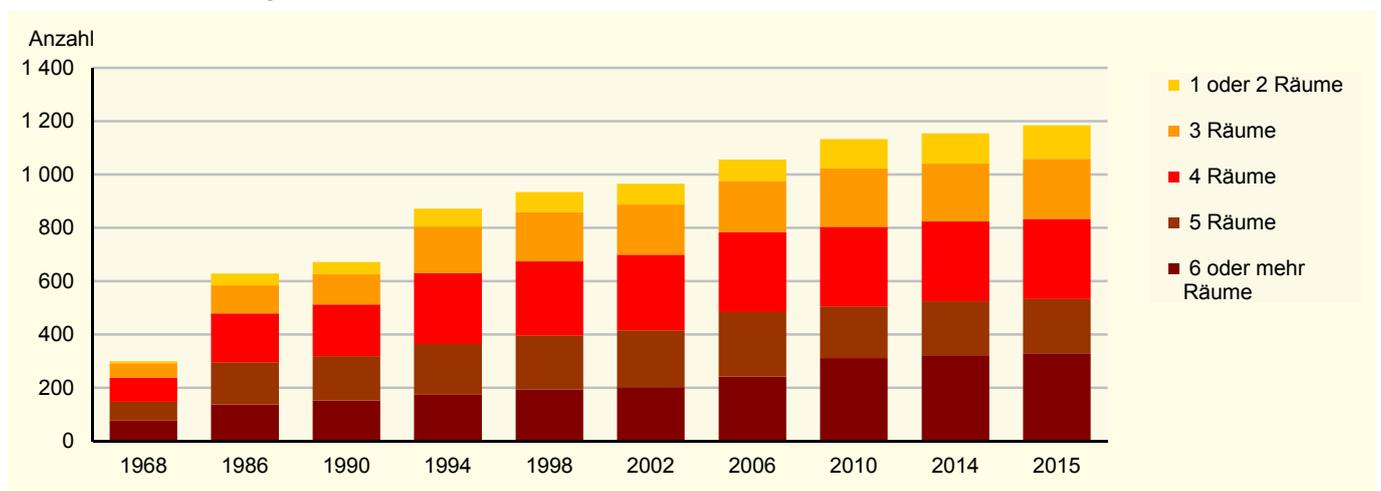
Der höchste Anteil an Einfamilienhäusern findet sich in ländlich geprägten Regionen. Mit gut 92 % war dieser in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen im Zollernalbkreis 2015 wie schon 2013 am höchsten. Den niedrigsten Anteil an Einfamilienhäusern hat mit 32 % die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis).

Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung im Bestand liegt derzeit (Ende 2015) bei 96,1 m². Im Vergleich zu 2003 bedeutet dies eine Zunahme um gut 5 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner wuchs im selben Zeitraum ebenfalls um 5 m². Jedem Einwohner Baden-Württembergs standen 2015 damit rein rechnerisch 45,9 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt ²⁾	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	198	105	53	43	22	13	7	300	361	22
1986	321	200	62	75	23	46	14	629	248	38
1990	342	216	63	77	23	49	14	672	246	38
1994	388	232	60	87	22	69	18	872	224	40
1998	418	253	61	90	22	75	18	934	228	40
2002	439	269	61	92	21	78	18	965	226	40
2006	496	318	64	96	19	82	17	1 056	223	42
2010	559	391	70	89	16	79	14	1 133	215	50
2014	577	406	70	92	16	79	14	1 154	212	51
2015	587	413	70	94	16	80	14	1 184	213	51

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Parlamentswahlen

Bei der Wahl zum 16. Landtag von Baden-Württemberg am 13. März 2016 erreichten die GRÜNEN mit 30,3 % das beste Ergebnis bei einer Wahl und sind erstmals in ihrer Geschichte die stärkste Kraft bei einer Landtagswahl. Die CDU (27 %) und SPD (12,7 %) sanken auf ein Allzeittief, die AfD (Alternative für Deutschland) zog mit 15,1 % aus dem Stand in den Landtag ein und die FDP (8,3 %) konnte sich in ihrem Stammland leicht verbessern. DIE LINKE scheiterte mit 2,9 % abermals an der Fünfprozenthürde. Die Wahlbeteiligung ist nochmals deutlich gestiegen und lag bei 70,4 % (2011: 66,3 %, 2006: 53,4 %).

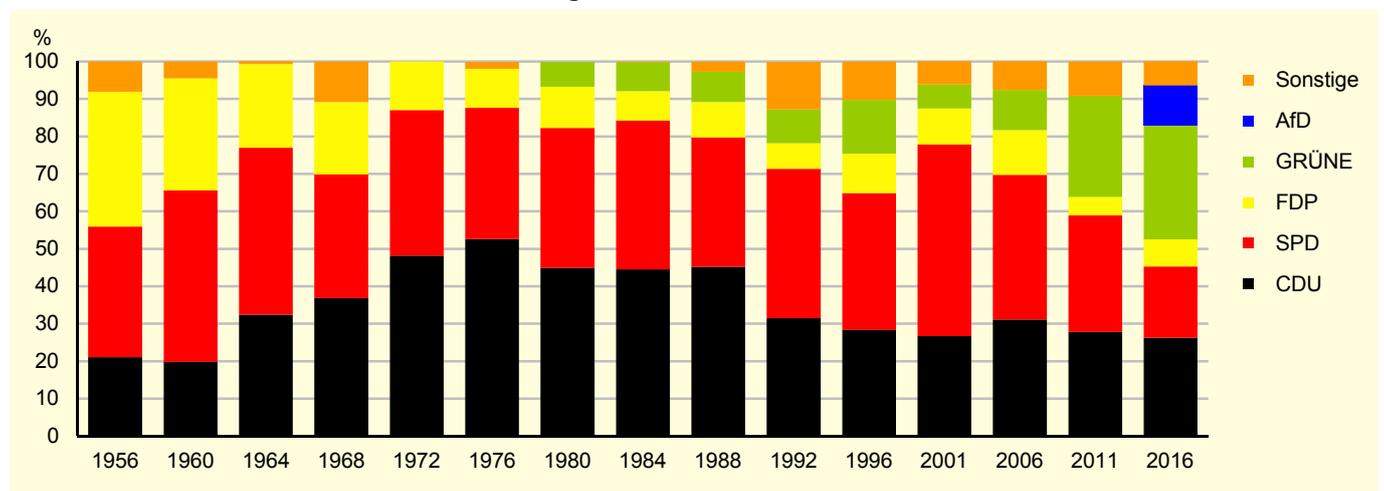
Von den 70 Erstmandaten gingen 46 an die GRÜNEN, 22 an die CDU und zwei an die AfD. Bei der Landtagswahl 2011 hatten die GRÜNEN nur 9 Erstmandate gewonnen, 60 gingen damals an die CDU und eines an die SPD. Der neue baden-württembergische Landtag besteht jetzt aus 143 (bisher 138) Abgeordneten. 47 Abgeordnete gehören den GRÜNEN an, dann folgen die CDU (42 Abgeordnete), die AfD (23 Abgeordnete), die SPD (19 Abgeordnete) sowie die FDP (12 Abgeordnete).

Der Frauenanteil an den Gewählten im baden-württembergischen Landtag stieg von bislang 18,1 % bei der Landtagswahl 2011 auf 24,5 % bei der Landtagswahl 2016. Bei den GRÜNEN sind die Anteile der Geschlechter fast ausgeglichen (47 % Frauen), bei der CDU sind es 17 %, bei der AfD 13 %, bei der SPD 11 % und bei der FDP lediglich 8 %.

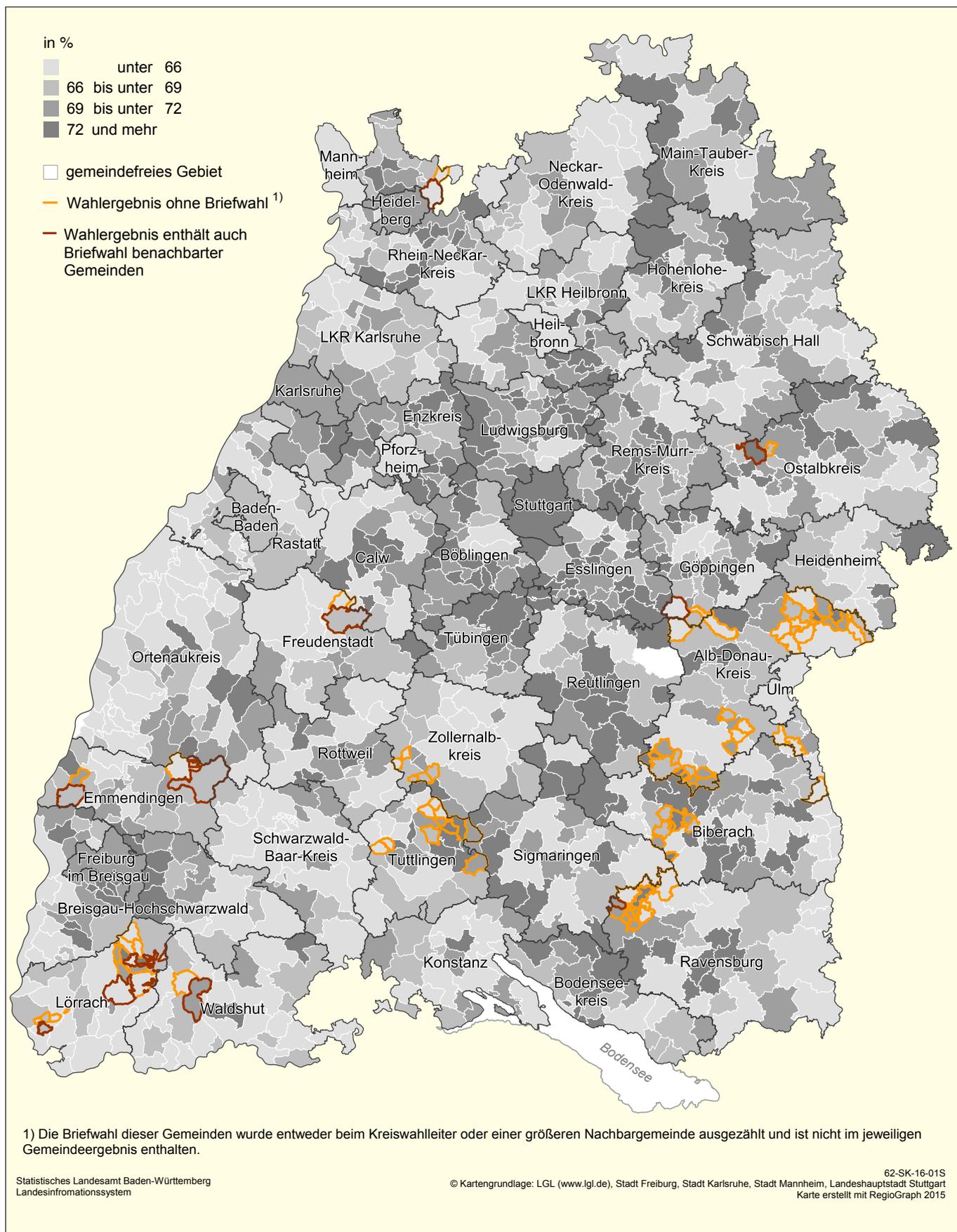
Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾						
					CDU	GRÜNE	SPD	FDP	DIE LINKE	AfD	Sonstige
					Anzahl		% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2016	mit	1 861	1 275	68,5	26,7	30,9	18,8	6,8	1,7	10,9	4,4
Landtagswahl 2011	mit	1 816	1 177	64,8	28,0	27,1	31,3	4,8	2,3	x	6,7
Veränderung		+ 45	+ 98	+ 3,7	- 1,3	+ 3,8	- 12,5	+ 2,0	- 0,6	+ 10,9	- 2,3
Bundestagswahl 2013	mit	1 831	1 392	76,0	44,6	12,0	21,0	5,3	4,1	5,7	7,3
Bundestagswahl 2009	mit	1 826	1 347	73,8	30,1	16,7	22,3	17,5	6,1	x	7,4
Veränderung		+ 5	+ 45	+ 2,2	+ 14,5	- 4,7	- 1,3	- 12,2	- 2,0	+ 5,7	- 0,1
Europawahl 2014	mit	1 820	899	49,4	30,9	16,0	25,3	2,7	3,7	-	21,3
Europawahl 2009	mit	1 808	839	46,4	30,0	18,1	21,9	14,0	3,0	x	13,0
Veränderung		+ 12	+ 60	+ 3,0	+ 0,9	- 2,1	+ 3,4	- 11,3	+ 0,7	-	+ 8,3

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2016 in den Gemeinden



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

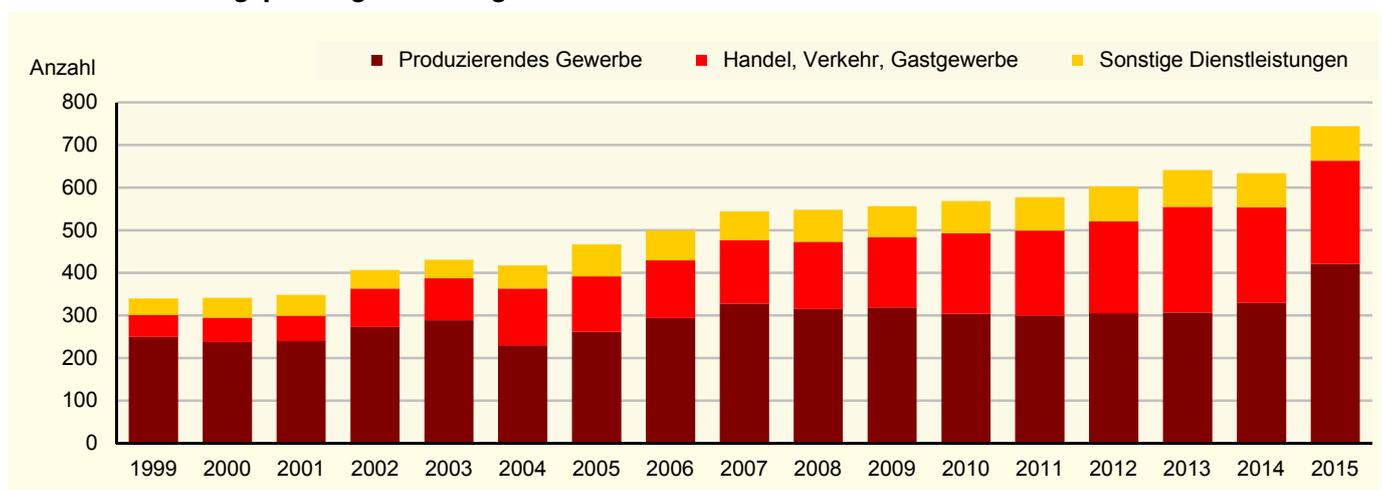
Zur Jahresmitte 2015 waren in Baden-Württemberg gut 4,36 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon waren knapp 2 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies gut 630 000 (+ 17 %) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als 10 Jahre zuvor. 2015 waren 770 000 Personen, und damit rund 18 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 55 Jahre oder älter. 2005 betrug der Anteil mit 420 000 Personen noch 11 %. Neben der schnell steigenden Beschäftigung Älterer ist auch ein starker Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung zu beobachten. 2005 arbeiteten 640 000 Personen in Teilzeit, 2015 waren es 1,1 Mill. (+ 67 %). Während 2015 fast jede zweite Frau in Teilzeit arbeitete, war es 2005 noch jede Dritte.

Der wirtschaftliche Strukturwandel hat sich auch in den letzten 10 Jahren weiter fortgesetzt. Von 2005 auf 2015 erhöhte sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor von 57 auf 63 % auf insgesamt 2,8 Mill. Beschäftigte (+ 620 000 oder + 29 %). Gleichzeitig sank der Anteil des Produzierenden Gewerbes von 42 auf 36 % auf aktuell 1,6 Mill. (+ 40 000 oder + 2 %). 2015 waren 227 000 Menschen im Land ohne Arbeit, das waren rund 3 000 weniger als im Vorjahr. Im Bundesvergleich hatte 2015 nur Bayern mit 3,6 % eine geringere Arbeitslosenquote als Baden-Württemberg mit 3,8 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr	Beschäftigte		Und zwar ¹⁾				Arbeitslose insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einwohner	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	%	
									unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
Anzahl		%				Anzahl	%			
1999	354	164	26	71	14	11
2001	359	165	30	67	16	14	45	51	7	29
2003	436	202	32	66	22	10	54	46	15	11
2005	472	212	36	56	28	16	60	50	15	10
2007	549	231	32	60	27	12	31	65	13	.
2009	562	230	34	57	29	13	43	51	7	9
2011	582	239	35	52	34	13	34	53	15	15
2013	649	270	35	47	38	13	34	53	12	24
2015	753	302	31	56	32	11	38	.	.	.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die bereinigten Einnahmen lagen 2015 mit 28,6 Mrd. Euro um 1,8 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 5,9 %). Gegenüber 2014 stiegen die Steuereinnahmen um 7,6 % auf 13,8 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) stieg um 9,4 % und beträgt nun 5,6 Mrd. Euro. Die bereinigten Ausgaben der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2014 um 1 Mrd. auf 27,8 Mrd.

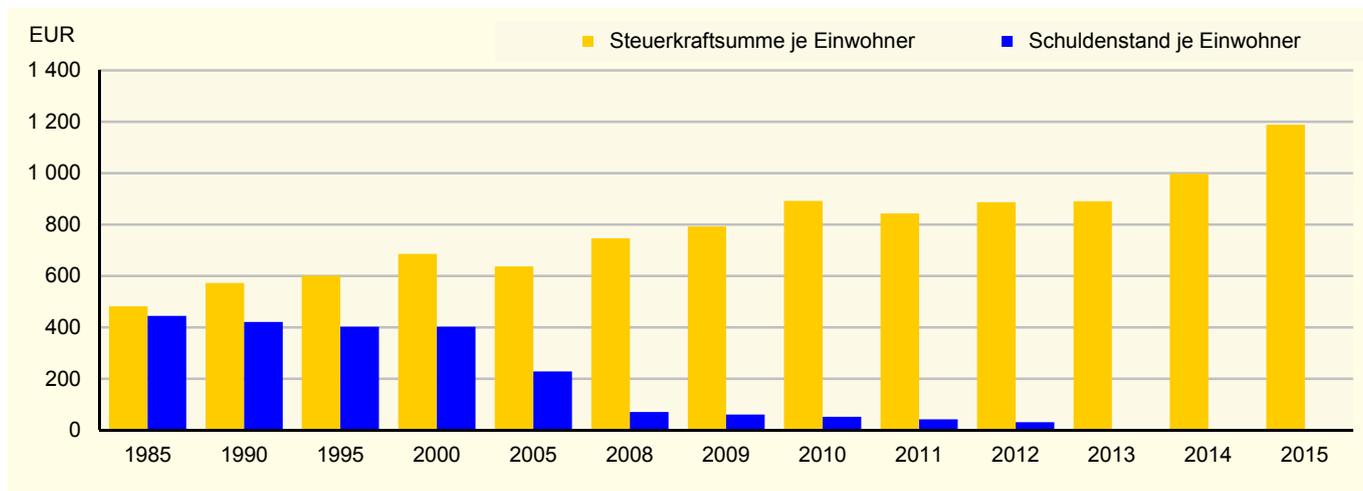
Die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2015 insgesamt rund 12,6 Mrd. Euro, wovon 6 Mrd. von den Kernhaushalten und 6,6 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 0,4 Mrd. Euro bzw. 2,9 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 169 Euro.

Am 30. Juni 2015 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 226 380 Personen, darunter 171 635 bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 150 555 Personen beschäftigt, bei den Eigenbetrieben 14 790 und in Krankenhäusern 6 285. Der Großteil der Beschäftigten im Kernhaushalt der Gemeinden (44 875 Personen oder 29,8 %) waren im Bereich Soziale Sicherung tätig.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	521	332	677	429	231	146	0	.
1985	743	482	692	445	125	80	0	.
1990	877	573	667	421	292	184	5	.
1995	1 145	601	791	403	107	54	5	.
2000	1 479	686	859	403	114	54	5	5
2005	1 387	637	508	228	400	179	10	5
2010	2 182	892	127	52	423	174	15	10
2013	2 176	890	0	0	730	304	15	10
2014	2 416	997	0	0	633	260	15	10

Steuerkraftsumme und Schuldenstand



Wasserwirtschaft

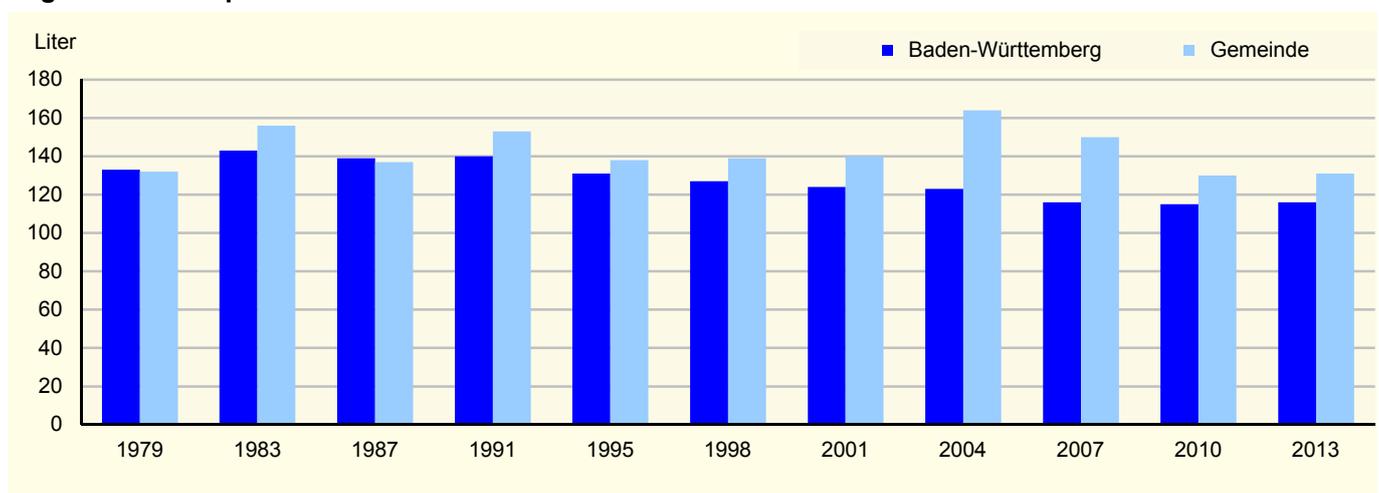
In Baden-Württemberg benötigte jeder Einwohner im Jahr 2013 durchschnittlich 116 Liter (l) Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1983 noch bei 143 l. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Trinkwassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Trinkwasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-) Versorgung anderer Gemeinden bei.

Der durchschnittliche Trinkwasserpreis liegt in Baden-Württemberg 2016 bei 2,11 €/m³. Die Einheitsgebühr beläuft sich auf 2,86 €/m³, die Schmutzwassergebühr bei Gebührensplittung auf 1,94 €/m³ und die Niederschlagswassergebühr auf 0,46 €/m². Seit 2010 stellten fast alle der 1 101 Gemeinden von der Einheitsgebühr auf die gesplittete Abwassergebühr um, die aus der Schmutzwassergebühr für die verbrauchte Trinkwassermenge und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche besteht. Zum Trinkwasserpreis kommt meist ein verbrauchsunabhängiger Grundpreis für die von den Wasserversorgern bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers hinzu.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt ¹⁾	Wasserabgabe insgesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trinkwasserpreis ⁴⁾ am 1.1.	Abwasser am 1.1.			
			zusammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe			Einheitsgebühr	Schmutzwassergebühr	Niederschlagswassergebühr	
				1 000 m ³	%					Liter
1979	98	14	87	76	87	132	0,41	0,72	.	.
1987	–	7	77	75	97	137	0,82	1,02	.	.
1995	–	21	102	100	98	138	1,09	1,28	.	.
2001	–	16	111	110	99	140	1,09	2,05	–	–
2004	–	7	131	131	100	164	1,02	2,55	–	–
2007	–	2	130	130	100	150	1,02	2,55	–	–
2010	–	9	125	115	92	130	1,18	2,95	–	–
2013	–	29	125	115	92	131	1,18	–	1,82	0,70
2016	1,40	–	1,98	0,82

Täglicher Pro-Kopf-Trinkwasserverbrauch



Umwelt

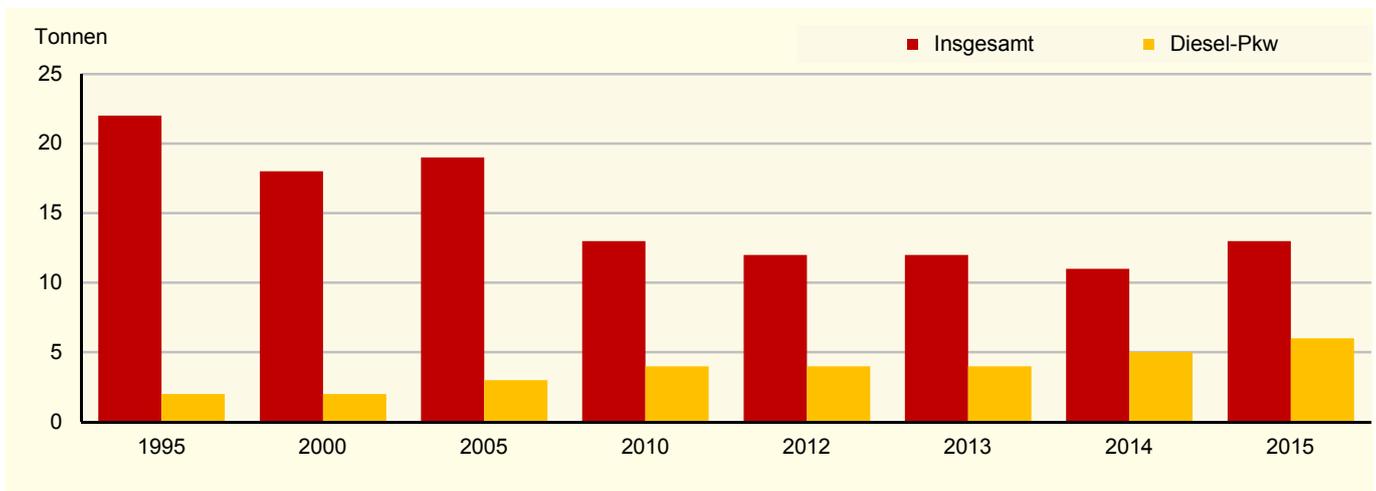
Die auf den Straßen im Land mit Kraftfahrzeugen jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten Jahresfahrleistungen, weisen weiterhin eine steigende Tendenz auf. Insgesamt wurden im Jahr 2015 fast 98,5 Mrd. km mit Kraftfahrzeugen zurückgelegt, rund 2,1 % mehr als im Vorjahr. Den wesentlichsten Anteil daran hat der Verkehr mit Personenkraftwagen (Pkw), der im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % zunahm und mit 86,1 Mrd. km gut 87 % der gesamten Jahresfahrleistungen im Land ausmacht. Davon werden mittlerweile rund 48 % von Diesel-Pkw erbracht, 10 Jahre zuvor waren es lediglich 34 %. Demgegenüber ist der Anstieg der Jahresfahrleistungen der Schwere Nutzfahrzeuge schwächer ausgeprägt und beträgt lediglich 0,2 %.

Trotz steigendem Trend bei Jahresfahrleistungen und Kraftstoffverbrauch haben die jährlichen Schadstoffemissionen durch stetig weiterentwickelte abgastechnische Maßnahmen an den Fahrzeugen mit Otto- und Dieselmotor spürbar abgenommen. So lagen die Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2015 nach vorläufigen Berechnungen bei 51 100 t, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von fast 8 % und gegenüber 2005 um 46 % entspricht. Für die Gesamtentwicklung haben die Diesel-Pkw mittlerweile mit einem Anteil von 47 % das größte Gewicht, während die Schwere Nutzfahrzeuge aktuell bei nur noch 34 % liegen. Vor 10 Jahren war dies noch umgekehrt – da lag der Anteil der durch Diesel-Pkw verursachten NO_x-Emissionen des Straßenverkehrs bei etwa 20 %, während die Schwere Nutzfahrzeuge fast 54 % umfassten.

Emissionen und Jahresfahrleistungen

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs ²⁾					Jahresfahrleistungen				
	Insgesamt	davon durch				Insgesamt	davon durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge und Busse	Krafträder und leichte Nutzfahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge und Busse	Krafträder und leichte Nutzfahrzeuge
Tonnen					Mill. km					
1995	22	2	9	11	1	22,1	3,4	16,1	1,4	1,1
2000	18	2	7	9	1	21,5	3,0	15,4	1,5	1,5
2005	19	3	5	9	1	26,1	6,6	16,1	1,8	1,5
2010	13	4	2	6	1	25,1	8,2	13,1	1,9	1,7
2012	12	4	2	5	1	26,2	9,2	13,1	2,0	1,7
2013	12	4	2	5	1	26,5	9,8	12,8	2,0	1,8
2014	11	5	2	4	1	27,1	10,3	12,8	2,0	1,7
2015	13	6	2	4	1	27,7	10,9	12,9	2,0	1,8

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs



Verkehr

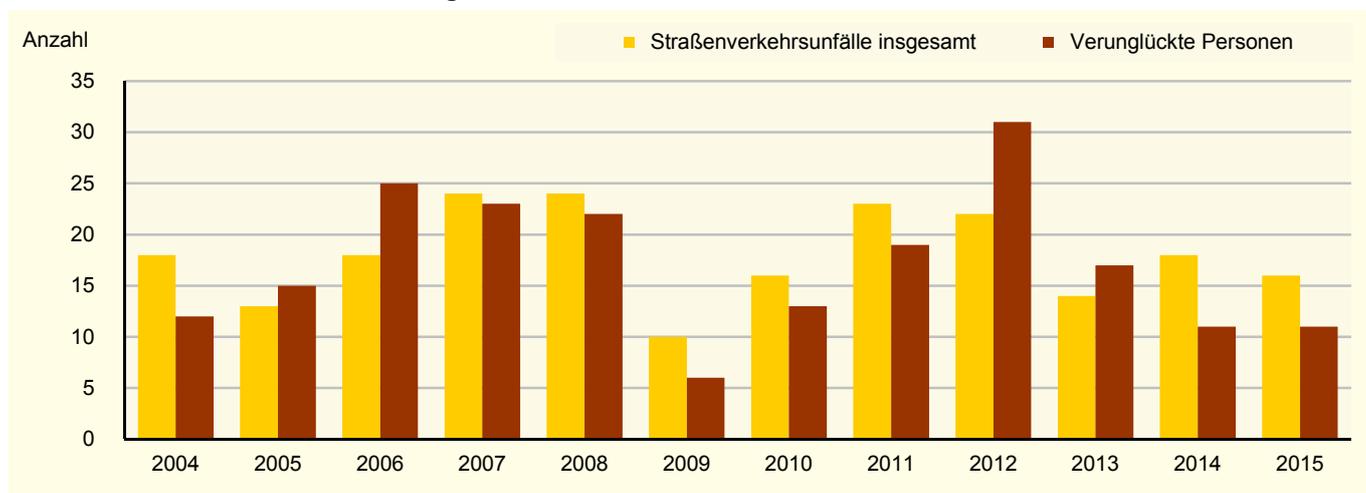
Der Bestand an Kraftfahrzeugen erhöhte sich in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren um 7 %. 2015 waren über 7,5 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) zugelassen, darunter fast 6,2 Mill. Pkw. Inzwischen sind mehr als zwei Drittel des Pkw-Bestandes gemäß den Emissionsgruppen 4 bis 6 schadstoffreduziert, doch führen alternative Antriebsarten mit einem Anteil 1,1 % immer noch ein Schattendasein. Nach wie vor erhöht sich der Motorisierungsgrad der Bevölkerung. Kamen 2011 noch landesweit 539 Pkw auf 1 000 Baden-Württemberger, waren es 2015 schon 580. Zum Vergleich: In Deutschland lag dieser Wert bei 547 Kraftwagen. Die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Ausstattung der Bevölkerung mit Pkw sind zum Teil erheblich. Faktoren wie die örtliche Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge, ein gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr oder auch siedlungsstrukturelle Aspekte beeinflussen die Höhe der Pkw-Dichte maßgeblich. In den Universitätsstädten Heidelberg und Freiburg ist diese mit 381 bzw. 402 Pkw je Einwohner am niedrigsten.

Mit rund 49 000 Personen verunglückten 2015 mehr Menschen bei Verkehrsunfällen als im Jahr zuvor. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer erhöhte sich nach langjährigen Rückgängen auf 483, das waren 17 Personen mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Unfälle steigerte sich auf über 308 000, doch entstand bei 88 % der Unfälle lediglich Sachschaden.

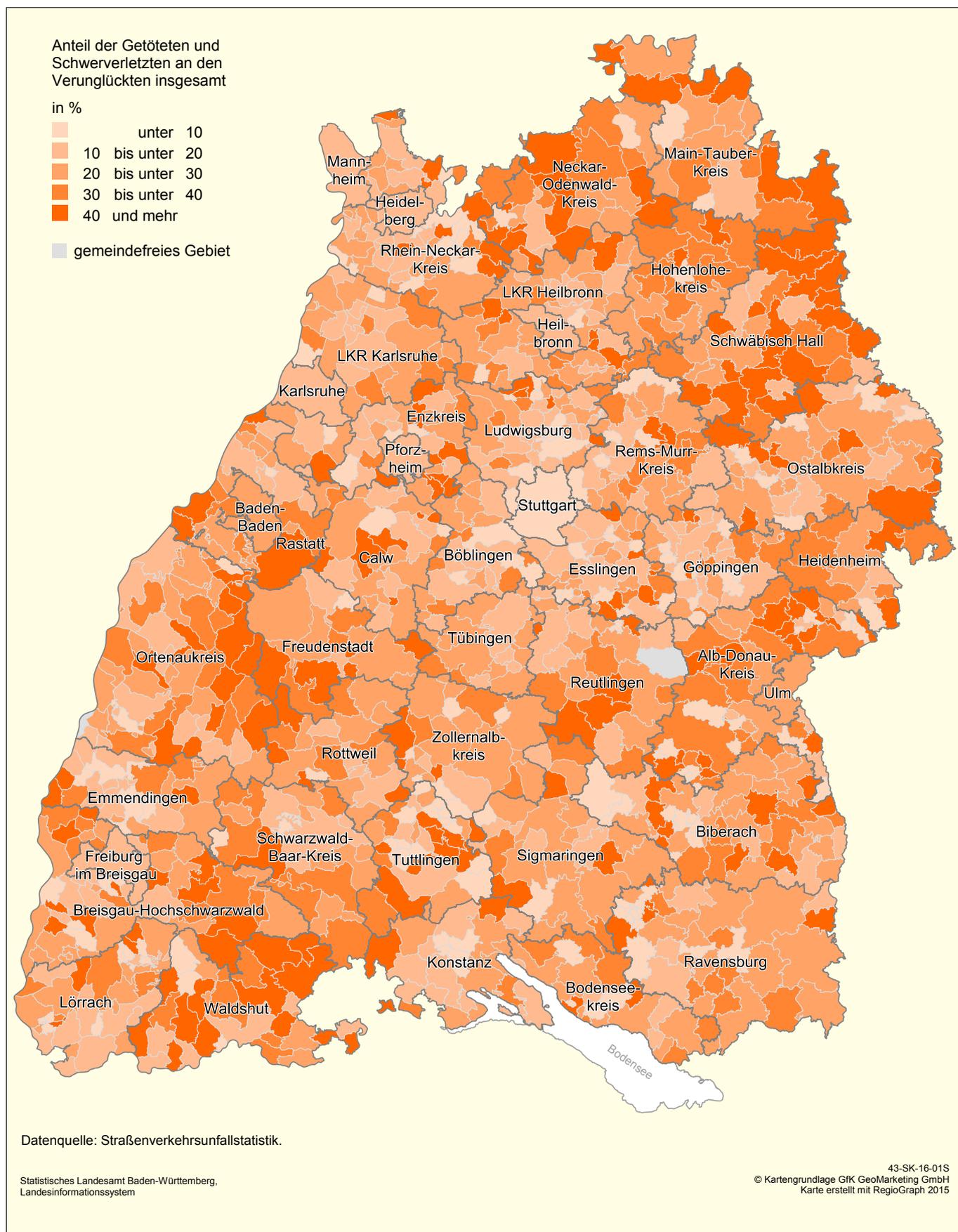
Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw.	Straßenverkehrsunfälle ¹⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
Anzahl									
1991	1 036	892	58	538	18	12	15	–	3
1995	1 298	1 080	94	550	17	12	22	–	3
1999	1 522	1 228	124	569	15	10	10	–	–
2003	1 688	1 341	160	615	15	12	17	1	3
2007	1 869	1 478	194	628	24	14	23	–	2
2011	1 822	1 442	185	591	23	16	19	–	2
2012	1 842	1 469	186	603	22	18	31	–	5
2013	1 914	1 511	205	624	14	12	17	–	3
2014	1 963	1 533	218	632	18	10	11	–	3
2015	2 012	1 566	226	640	16	10	11	–	3

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Getötete und Schwerverletzte im Straßenverkehr in den Gemeinden 2015



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich

- 1) Siehe unter „Wohnen“, Fußnote 3).
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Siehe unter „Bildung“, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter „Umwelt“, Fußnote 1) und 2).
- 5) Siehe unter „Verkehr“, Fußnote 1).
- 6) Siehe unter „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, Fußnote 1).
- 7) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.
- **) Veränderungsrate 2011 einschließlich Zensus-Korrekturen.

Bevölkerungsvorausrechnung

- *) Datenquelle: Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung mit Wanderungen Basis 2014, Hauptvariante.
- **) Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis Volkszählung 1987, 2011 bis 2014 auf Basis Zensus 2011, ab 2015 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung.

Bildung

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Bauen

- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres; 1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987; 2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.

- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Parlamentswahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort jeweils zum 30.06. des Jahres. Arbeitslose: Jahresdurchschnitte.
- 1) Wirtschaftsgliederung:
 - 1999 bis 2002: Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 1993);
 - 2003 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003);
 - ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).
 Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

- *) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapierschulden, Kassenkredite).
Schuldenstand je Einwohner: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.

- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Wasserwirtschaft

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger) Wasserversorgungsunternehmen.
- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Haushalte und Kleingewerbe, öffentliche Einrichtungen und industrielle Abnehmer.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer.

Umwelt

- 1) Berichtsjahr 2015: vorläufige Werte.
- 2) Berechnet lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 3.2 2014.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraffahrt-Bundesamt. Pkw-Dichte: Pkw je 1 000 Einwohner am 31.12. des Vorjahres.

Erhebungsmonat bis 2000: 01. Juli des Jahres; ab 2001: 01. Januar des Jahres.

Ab 2006: Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.

Ab 2008: Nur noch angemeldete Fahrzeuge OHNE vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen.

- 1) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.

Erläuterungen und Definitionen (alphabetisch)

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtig

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirtschaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Die Bundesagentur für Arbeit hat rückwirkend ab 1999 im Rahmen einer umfassenden Revision der Beschäftigungsstatistik die Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten revidiert. Der Datenabruf wurde präzisiert sowie die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überprüft und um neue Personengruppen erweitert. Daher können die Daten in der aktuellen Ausgabe von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausrechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2035 ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen

zum 31.12.2014 auf Basis Zensus 2011. Den Berechnungen liegen unter anderem ein leichter Anstieg der Geburtenrate bei gleichzeitiger Erhöhung des Durchschnittsalters der Frauen bei der Geburt und ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung um circa 2 Jahre zugrunde. Hinsichtlich der Wanderungen wurde in der Hauptvariante für das Jahr 2015 von einem Wanderungsgewinn von 125 000 Personen ausgegangen. Für die Folgejahre wurde der Wanderungssaldo abgesenkt: Für den Zeitraum 2015 bis 2020 auf einen Gewinn von durchschnittlich 73 000 und im Zeitraum 2021 bis 2035 auf einen Gewinn von durchschnittlich 22 000 Personen.

Die Quoten zur Entwicklung von Geburten und Sterbefällen sowie die regionalen Wanderungsverhältnisse werden gestützt auf einen zurückliegenden Zeitraum berechnet. Für die Entwicklung der Geburten und Sterbefälle wurde davon ausgegangen, dass die Verhältnisse der Jahre 2011 bis 2014 weiterhin gelten. Bezüglich der Wanderungen wurden nur die Jahre 2013 und 2014 zugrunde gelegt, um den Sondereffekt des doppelten Abiturientenjahrganges 2012 nicht fortzuschreiben

Die Annahmen zu den Wanderungen unterliegen komplexen Einflüssen wie zum Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung, politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Trends, Krisen in anderen Ländern. Die Wanderungen schwanken selbst auf Landesebene erheblich und je kleinräumiger die Betrachtung ist, umso mehr. Daher wurden neben der Hauptvariante der regionalen Vorausrechnung noch weitere Varianten gerechnet. Diese unterscheiden sich zum einen in den Wanderungsannahmen, zum anderen in den Annahmen zur Entwicklung innerhalb der für die regionale Vorausrechnung gebildeten Gemeindetypen (Cluster). Ein wahrscheinlicher Entwicklungskorridor bestimmt sich durch das höchste und niedrigste Ergebnis der gerechneten Varianten. Diese Ergebnisse stehen nur als Ingesamt-Werte für Gemeinden zur Verfügung. Sie sind nicht für höhere Gebietseinheiten aggregierbar.

Weitere methodische Hinweise unter: Hochstetter, B./Brachat-Schwarz, W.(2016): Schwierige Rahmenbedingungen für die neue Bevölkerungsvorausrechnung, in: Statistisches Monatsheft 2/2016.

Emissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und

Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet. Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 3.2 vom Juli 2014.

Fläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgte in Abständen von vier Jahren, seit 2009 wird sie jährlich durchgeführt. Bei den vorliegenden Flächennachweisungen handelt es sich um die Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung 2014 zum Stand des Liegenschaftskatasters vom 31. Dezember 2015. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau-land (zum Beispiel Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Gebäude- und Wohnungsbestand

Der Gebäude- und Wohnungsbestand wird berechnet, indem der Bestand des Vorjahres durch die Neubauten des Folgejahres ergänzt und um die „Abgänge“ von Gebäuden oder Gebäudeteilen vermindert wird. Abgänge entstehen zum Beispiel, wenn die Gebäudenutzung verändert oder ein Gebäude der Nutzung entzogen wird. Dies kann durch Gebäudeabbruch, einen Schadensfall oder Baumaßnahmen geschehen.

Gemeinschaftsschulen

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg vermittelt in einem gemeinsamen Bildungsgang Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) eine der Hauptschule, der Realschule oder dem Gymnasium entsprechende Bildung. Sie soll individuelle Lern- und Förderpläne für alle Schülerinnen und Schüler bieten. Die Gemeinschaftsschule versteht sich als inklusive Schule, arbeitet in Lerngruppen, Noten (außer in den Abschlussklassen) müssen nicht gegeben werden. Auch „Sitzenbleiben“ gibt es nicht.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierten Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005 und 2010. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Zählstellen. Aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei den ausführlichen Straßenverkehrszählungen ab 2005 handelt es sich teilweise um revidierte Werte.

Letztverbraucher

Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und

B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Stickoxide

Stickoxide (NO_x) entstehen bei Verbrennungsprozessen, die mit hohen Temperaturen erfolgen. Unter diesen Bedingungen gehen der Stickstoff und der Sauerstoff der Luft eine feste Verbindung ein. Es entsteht Stickstoffmonoxid (NO), das an der Luft zu Stickstoffdioxid (NO₂) oxidiert wird. Das genaue Mengenverhältnis zwischen NO und NO₂ lässt sich messtechnisch unter atmosphärischen Bedingungen nur schwer angeben. Als Kürzel für Stickoxide wird deshalb meist NO_x verwandt. Stickoxide sind wie Schwefeldioxid an der Bildung der sauren Niederschläge beteiligt. Zwischen SO₂ und NO₂ bestehen bei direkter Wirkung auf die Blattorgane wirkungsverstärkende Beziehungen. Von großer Bedeutung für das Waldsterben sind wahrscheinlich Stickoxide als Ausgangssubstanz für sekundäre Luftverunreinigungen wie Ozon und andere Photooxidantien.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren

Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Gewinnung von Grund-, Quell- und Oberflächenwasser sowie Uferfiltrat durch Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung zu Zwecken der Versorgung mit Trinkwasser.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Ferien-, Sommer- und Wochenendhäuser rechnen ebenfalls dazu. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, zum Beispiel gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.

Wohnräume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit sechs und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-28 76, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de